

Stellungnahme der UBL-Fraktion an die Bundesnetzagentur zu den Planungen der HGÜ-Erdkabel Leitungen NordWestLink (DC 41) sowie SuedWestLink (DC42) durch das Gebiet der Gemeinde Großenlüder.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ein Projekt dieser Größenordnung in einem derzeit kurzen Verfahren durchzudrücken entspricht nicht dem Verständnis, welches wir von Bürgerbeteiligung und Beteiligung der betroffenen kommunalen Vertreter haben.

Wir als Gemeindevertreter wurden erst am 17.01.24 offiziell über die Planungen in Kenntnis gesetzt. Der Gemeindevorstand wurde am 15.01.24 darüber informiert. Als Frist zur Abgabe einer Stellungnahme ist der 29.01.2024 gesetzt. Wir erhielten auch keine Info über eine Online-Veranstaltung am 07. und 19. Dezember 2023.

Wir stellen das ganze Verfahren, so wie es hier durchgeführt wird in Frage. Unseres Wissens nach soll bereits im Februar 2024 der vorläufige Trassenverlauf vorgestellt werden. Wir sehen durch die im Februar bereits vorgesehene Verkündung des Trassenverlaufes keine ausreichende Würdigung der Stellungnahmen, da hierfür der Zeitraum viel zu knapp ist.

Wir sprechen uns daher gegen die Art der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, sowie der Kommunalpolitik aus,  
– nur sehr kurze Frist zur Stellungnahme  
– keine frühzeitige Informationen über die Planungen für die vor Ort ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker und betroffenen Bürger  
und werden einer Stromtrasse durch das Gemeindegebiet der Gemeinde Großenlüder **nicht** zustimmen.

Obwohl die Planungen aktuell noch von einer Erdverkabelung ausgehen, ist durch die Haushaltslage der Bundesregierung auch mit einer, ggf. sogar zwei überirdisch verlaufenden Stromleitungen zu rechnen.

Hierzu kann man bei den Betreibern/Planern der Trasse schon entsprechendes lesen.

Wir weisen darauf hin, das folgende Punkte Würdigung finden.

- die Gesundheit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Großenlüder durch elektromagnetische Strahlungen,
- der wertvollen landwirtschaftlichen Flächen durch Wärmeabstrahlung der Leitungen,
- sowie der für den Naturschutz relevanten Bereiche samt Kompensationsflächen, Flächen des Ökopunktekontos der Gemeinde und Biotope im Bereich der Gemeinde Großenlüder.

### Waldflächen

Mit dem Bau der geplanten Stromtrassen durch das Gebiet der Gemeinde Großenlüder erfolgt eine zusätzliche Belastung für unsere Bürger.

Bisher sind wir bereits durch einen hohen Wert an Luftschadstoffen belastet, eine Rodung von Waldflächen kann daher unsererseits nicht zugestimmt werden.

Die Gemeinde Großenlüder braucht ihre Waldflächen für die Luftreinhaltung, sowie die Speicherung hoher CO<sub>2</sub> Ausstöße.

Gerade die Waldgebiete in der Gemeinde Großenlüder sind bekannt als ökologisch bedeutsame Lebensräume seltener gefährdeter Tierarten, wie Fledermaus, Wildkatze, Schwarzstorch, Rotmilan und Uhu hervorzuheben.

Der Verlust wäre mit einem erheblichen Lebensraumverlust der genannten Arten gekoppelt.

### **Bodendenkmale**

Zu beachten sind zahlreiche Bodendenkmale aus Eisen- und Bronzezeit gerade in den Waldbereichen des Atzmannstein, des Mühlberges, des Finkenberges sowie im Waldbereich nördlich von Eichenau.

### **Landwirtschaft und Bodenschutz**

Im Bereich der Gemeinde Großenlüder, hier besonders im Bereich zwischen Müs-Großenlüder-Eichenau, zwischen Großenlüder-Uffhausen und auch nordöstlich von Großenlüder sowie in der Lüderau, befinden sich weiträumig Flächen mit einer guten Nutzungseignung für Ackerbau und Grünlandbewirtschaftung. Diese Böden sind von großer Bedeutung für die örtlichen landwirtschaftlichen Betriebe und bedrohen deren Existenz durch schlechtere Ernten auf den Stromtrassen. Hier werden durch Freiflächenphotovoltaikanlagen schon genug Flächen der Landwirtschaft entzogen.

Wir sehen den ausgewiesenen Korridor der Planungen als sehr kritisch an, da im Bereich der Gemeinde Großenlüder die Wohnbebauung sehr eng ist, sowie Abstände auch zwischen den Ortsteilen sehr gering sind. Auch gibt es einige Aussiedlerhöfe in den Außenbereichen. Ebenso sollten die Flora-Fauna-Habitat (FFH) Gebiete sowie Naturschutzgebiete vollumfänglich berücksichtigt werden.

Die gesamte Verfahrensweise ist nicht in Ordnung.

Wir schließen uns hier dem Kommentar der CDU Burghaun an:

**„Keine Planungsspielchen mit unserer Heimat“**

—

—

—